

## **Einbringung des Haushaltsentwurfes 2021 in den Kreistag am 15. Dezember 2020**

Rede des Kreisdirektors und Kreiskämmerers Mike-Sebastian Janke

Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsmitglieder,  
sehr geehrter Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

die Kommunalwahl 2021 hat stattgefunden. Ein neuer Kreistag zum Teil mit neuen Mitgliedern hat sich konstituiert. Und nun gleich zu Beginn starten Sie in die Haushaltsplanberatung für den neuen Haushalt.

Der Haushalt ist jedes Jahr die herausragende Vorlage und seine Verabschiedung die wichtigste politische Entscheidung, da der Beschluss der Haushaltssatzung die Verwaltung in die Lage versetzt, aber auch eingrenzt, für definierte und beschlossene Projekte und Maßnahmen Zahlungen vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen, dass es mich mit Freude erfüllt, diesen so wichtigen Beratungsprozess über die heutige Einbringung der Haushaltssatzung im Entwurf starten zu dürfen.

Erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen: Als Kämmerer habe ich in Bezug auf den Haushalt mehrere Aufgaben. Zum einen die gewissenhafte und sorgfältige Aufstellung der gesamten Haushaltssatzung mit den Budgetbänden. Es ist das Abwägen des finanziell Machbaren in der Finanz- und Investitionsplanung, es ist das Austarieren des Stellenplans und natürlich auch das Zustandebringen eines Balanceakts zur finanziellen Ausstattung der Kreisaufgaben mit einem Blick für den kreisangehörigen Raum in Anbetracht der Kreisumlage in Zahllast und Hebesatz. Ich mache das nicht allein, sondern zusammen mit meinem Team in der Kämmerei, zusammen mit den Dezernenten und dem gesamten Haus. Der Haushalt ist am Ende eine große Mannschaftsleistung der gesamten Verwaltung.

Meine Aufgabe ist es darüber hinaus, den Haushaltsvollzug zu überwachen und damit sicherzustellen, dass Ihre politische Entscheidung über die Haushaltssatzung auch in der Realität umgesetzt wird. Insofern verstehe ich mich in dieser von der Kreisordnung zgedachten Rolle als Sachwalter und Treuhänder Ihrer politischen Finanzentscheidung.

Ich überwache den Haushaltsvollzug unterjährig über zwei Budgetberichte, welche ich Ihnen vorlege und stelle damit sicher, dass die Mittelbewirtschaftung bis zum Abschluss eines Haushaltsjahres gewährleistet ist. Darüber hinaus berechne ich den Jahresabschluss, ermittle damit einen Überschuss oder Fehlbetrag im Rechnungsergebnis und schlage Ihnen die entsprechende Verwendung vor.

Hierbei werden einem als Kämmerer schnell gewisse Etiketten angeklebt: Der „Zahlmeister“, der „Herr der Zahlen“ oder der Kämmerer, der „auf seinem Geld sitzt, der kein Geld locker macht“.

Mir ist wichtig zu betonen, dass mein Charakter es durchaus zulässt, auch Geld auszugeben und massive Investitionen umzusetzen. Wir investieren beispielsweise kräftig mit 20,5 Millionen Euro in Straßen und Schulen. Aber richtig ist auch, dass es zur Aufgabe gehören muss, diejenige Instanz innerhalb einer Verwaltung zu sein, die jedes Mal neu die Fragen stellt: Werden die Ressourcen richtig eingesetzt? Wird eine sparsame Mittelverwendung durchgeführt? Kann die Umsetzung einzelner Teilprojekte nicht vielleicht auch kostengünstiger realisiert werden und sind die Strukturen und die Organisation darauf angelegt, mit dem effizientesten Ressourceneinsatz das gewünschte Ziel zu erreichen?

Aber ein Selbstverständnis ist mir sehr wichtig. Wir beraten nicht über mein Geld. Wenn ich ehrlich sein darf, beraten wir auch nicht über Ihr Geld. Wir beraten hier auch nicht über das Geld der Städte und Gemeinden, wie diese manchmal formulieren und zum Teil in Anbetracht der Zahlungsverpflichtung über die Kreisumlage fälschlicherweise meinen könnten.

Wir diskutieren über die richtige Verwendung des Geldes der Menschen, die in diesem Kreis Steuern zahlen: die Unternehmen, Handwerksbetriebe, Dienstleister. Und auch diesen – nicht nur Ihnen als Kreistag, dem Souverän über die Haushaltssatzung – sondern auch allen Steuerzahlern, fühle ich mich verpflichtet in der Funktion des Kämmerers.

Die Menschen erwarten von uns als öffentliche Hand, dass wir mit ihrem Geld, welches sie mühsam erwirtschaften, mit Augenmaß umgehen. Sie erwarten, dass wir dieses zielgerichtet und effizient zu Erfüllung unserer wichtigen Aufgaben einsetzen und sie erwarten, dass wir klug und nachhaltig investieren.

Ich kann Ihnen mit Gewissheit sagen, dass die gesamte Kreisverwaltung Unna genau diese Zielrichtung mit dem vorgelegten Entwurf gemeinsam verfolgt.

Dabei muss klar sein, dass die Rahmenbedingungen für die Unternehmen, für die Handwerksbetriebe und damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihren Familien hier auch vor Ort geprägt werden. Nur wenn diese in der Lage sind, gut zu arbeiten und für gute Arbeit gute Löhne gezahlt werden, kann etwas erwirtschaftet werden, was über Steuern zur Finanzierung des Öffentlichen Gemeinwesens dann auch wieder herangezogen wird. Und nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund ist die Wirtschaftsförderung nicht eine abstrakte, im luftleeren Raum befindliche theoretische Übung. Vielmehr hat das Thema Wirtschaftsförderung eine konkrete Bedeutung für unsere Städte und Gemeinden, für die Flächen und die Flächenentwicklung, aber es hat auch etwas damit zu tun, welche Perspektiven und Chancen die Menschen in unserem Kreis haben und am Ende auch welche finanziellen Spielräume sich daraus ergeben.

Nur wenn die Steuerkraft hoch ist, können mit diesen Mitteln wiederum Sozialleistungen und -einrichtungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Naherholungsangebote, Parks, Spielplätze, Schulen und Kindergärten, Straßen, Plätze und all das errichtet und unterhalten werden, was diesen Kreis lebenswert und liebenswert macht. Insofern brauchen wir eine aktive, agile und erfolgreiche Wirtschaftsförderung für genau diesen Effekt auch in der Zukunft.

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung und entsprechendes Wachstum haben aber auch darüber hinaus eine faktische Bedeutung für unseren Kreishaushalt. Die Steuerkraft ist im Vergleich von 2020 zu 2021 um 1,95 Prozent gesunken. Das sind 9 Millionen Euro weniger. In den zurückliegenden Jahren hatten wir Wachstumswahlen von +9,37 Prozent (2018), +8,4 Prozent (2019) und +9,15 Prozent (2020). Es ist eindeutig, wo also der Schwerpunkt in den nächsten Jahren liegen muss.

Aber wir können erfolgreiche Wirtschaft auch an einer anderen Zahl festmachen: Die Kosten der Unterkunft (KdU). Auch hier wird deutlich, wie erfolgreich die Unternehmen in unserem Kreis agieren, wie viele Menschen in Arbeitslosigkeit sind und wie viele Bedarfsgemeinschaften das Ersetzen der Kosten der Unterkunft verlangen müssen. Hier ist in den letzten Jahren sukzessive die größte Haushaltsposition im Kreishaushalt verringert worden und wir legen einen Haushaltsentwurf vor, in dem wir vorschlagen, das Budget für Kosten der Unterkunft mit 84,75 Millionen Euro zu planen. Im Vorjahr waren es noch 86,91 Millionen Euro.

Wir haben unterjährig festgestellt, dass wir mit dem Haushaltsansatz für das laufende Jahr 2020 nicht nur auskömmlich geplant haben, sondern dass wir erneut trotz Coronapandemie diesen Haushaltsansatz deutlich um 3,9 Millionen Euro unterschreiten werden, so dass ich mit Blick auf eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung und auf ein gut aufgestelltes Jobcenter sage: Die Auswirkungen der Coronapandemie als Weltwirtschaftskrise werden wir spüren und sie werden uns weh tun. Und sie werden sich höchstwahrscheinlich finanziell bei den Kosten der Unterkunft bereits in den nächsten Jahren millionenschwer bemerkbar machen.

Aber ich glaube an die eigene Stärke und ich glaube, dass wir uns mit geschickter und erfolgreicher Wirtschaftsförderung so aufstellen können, dass wir diese Wirtschaftskrise erfolgreich meistern. Damit verbinde ich auch die Erwartungshaltung, dass wir an der in den letzten Jahren praktizierten Herangehensweise – den Ansatz für die KdU am Jahresergebnis +2 Prozent Orientierungsdaten zu bemessen – mangels besserer Planungsperspektive festhalten. Ich weiß, dass das eine äußerst mutige Herangehensweise für 2021 ist!

Dabei werden wir uns als Wirtschaftsstandort für die Zukunftsaufgaben nicht weniger als neu erfinden müssen. Strukturwandel in unserer Region bedeutet, dass wir die Zukunftstechnologien und die damit verbundenen Wertschöpfungsketten vordenken, sie konzipieren und sie dann auch vollständig vor Ort umsetzen müssen.

Dies ist die Aufgabe der Stunde und nicht weniger verlangt uns auch die Strukturförderung im Nachgang zum Ende der Steinkohleverstromung gerade hier im Kreis Unna ab. Aber es birgt auch eine einmalige Chance auf Veränderung und eine Perspektive, diese Region als starke Wirtschaftsregion zu entwickeln und damit wirtschaftliche Stärke, technologisches Know-how, hoch stehende Wissensvermittlung und dadurch starke Unternehmen und gute Arbeitsplätze hier zu schaffen.

Dazu werden wir auch unseren Konzern Kreis Unna in seiner neu geschaffenen Organisation ambitioniert nutzen. Wir wollen uns um guten und bezahlbaren Wohnraum kümmern. Wir wollen die Mobilitätswende. Wir wollen eine moderne, CO<sub>2</sub>-neutrale Kreislaufwirtschaft und setzen auf neue Technologien, insbesondere in der Energieerzeugung und der Verwendung für neue Antriebsarten unserer großen Konzernflotte mit Bussen, Transport- und Entsorgungsfahrzeugen.

Ich kann die Themen an dieser Stelle nur kurz anreißen und will daher für heute den Punkt setzen, dass die erfolgreiche Transformation dieser Wirtschaftsbereiche die wirtschaftliche Stärke und damit den Wohlstand von morgen bedeuten. Und nur wenn es uns gelingt, diese Wachstumspotenziale zu erschließen, verschaffen wir uns die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage, um diesen Kreis in all seinen Facetten und Einrichtungen auf hohem Niveau fortzuentwickeln und zu halten. Es geht um den Wettbewerb mit anderen Regionen und es geht ganz eindeutig um die Lebensqualität für die nachfolgenden Generationen.

Dass diese Lebensbedingungen für die nachfolgenden Generationen auch immer einen sorgsamem Umgang mit den natürlichen, aber auch den finanziellen Ressourcen bedeutet, muss die Maxime unseres Handelns sein. Weder können wir es uns erlauben, unseren Kindern und Enkelkindern eine zerstörte Umwelt zu hinterlassen, noch dürfen wir ihnen aufgetürmte Schuldenberge hinterlassen.

Die Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes muss daher in klarer Perspektive auf Zukunftstechnologien auch immer eine Transformation hin zu Klimaschutz und Umweltgerechtigkeit sein. Ich bin absolut davon überzeugt, dass es gelingen kann, wirtschaftliche Stärke und Wachstumspotenziale so zielorientiert voranzutreiben, dass diese dem Gedanken des Klimaschutzes und der CO<sub>2</sub>-Neutralität nicht nur nicht widersprechen, sondern ihn sogar besonders ermöglichen.

Aber so sehr ich mich diesen ambitionierten Klimaschutzziele verpflichtet sehe, ist es für mich wesentlich am heutigen Tage, ebenfalls auf die anderen Lasten für die nachfolgenden Generationen hinzuweisen. Und diese sind nun mal horrenden Schuldenstände – insbesondere auch hier im Kreisgebiet.

Der Altschuldenstand im Kreis Unna mit 527 Millionen Euro – in Nordrhein-Westfalen übrigens mit 60 Milliarden Euro – hat eine Größenordnung erreicht, auch wenn er in den letzten Jahren rückläufig ist, der mich wirklich besorgt. Das sind die Lasten, die unsere Nachfolger mit sich herum schleppen werden. Aufgelaufene Schulden, nicht für Investitionen, sondern für das ganz normale alltägliche Verwaltungshandeln. Daher bin ich total enttäuscht, dass die Chance, die in diesem Jahr 2020 bestanden hat, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zwischen Bund und den Ländern einen Altschuldenschnitt zu organisieren, nicht umgesetzt worden ist.

Wir waren noch nie so kurz davor, wir waren noch nie so weit, dass eine solche Lösung zum Greifen nahe war. Dass der Bundesfinanzminister und sein Haus hierzu einen konkreten Vorschlag erarbeiten, habe ich

genau vor einem Jahr anlässlich meiner seinerzeitigen Haushaltsrede nicht zu träumen gewagt. Umso mehr war ich überrascht, dass ein solcher Plan aus dem Bundesfinanzministerium kam und so enttäuscht bin ich jetzt, dass dieser nicht umgesetzt werden konnte. Er hätte bedeutet, dass in einem Schritt alle Altschulden gemeinsam durch die drei Ebenen – Bund, Land und kommunaler Raum – abfinanziert und damit diese bedrückenden Lasten von den Schultern der nächsten Generation genommen worden wären. Eine wahrscheinlich einmalige Chance in Anbetracht der Minuszinsphase für den Bund.

Denn sie wissen, dass das Risiko in diesen Altschulden ein momentan schlafendes, ein verstecktes, ein toxisches Risiko ist. Aufgrund der unfassbar lang anhaltenden Niedrigzinsphase, sind die Belastungen in den städtischen Haushalten für diese Altschulden beherrschbar. Sie wissen aber auch, dass in dem Moment, wo Zinsen steigen auch die Belastung in den kommunalen Haushalten kontinuierlich und erdrosselnd steigt.

Aber diese hohen Altschuldenstände sind eben auch Ausfluss und Ergebnis dessen, dass wir hier im Kreis Unna in den zurückliegenden Jahren strukturell unterfinanziert waren. Denn eins ist klar und sichtbar: Die örtlichen Kraftanstrengungen zu Haushaltskonsolidierung sind, in enger Abstimmung und auch unter Kontrolle durch mich und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kommunalaufsicht, sukzessive erfolgt. Aufgrund dieser massiven Einschränkungen vor Ort ist es zwar gelungen, die Haushaltssituation auf Kosten vieler Angebote zu verbessern und ausgeglichene Haushalte zu planen, aber es hätte noch nicht einmal einer Wirtschaftskrise bedurft, dieses fragile Gebilde zum Einsturz zu bringen.

Daher ist die Forderung nach einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, wie auch ich sie konstant formuliert habe und wie ich sie in vielen Gremiensitzungen auch als Sachverständiger in der Landtagsanhörung zum Corona-Isolierungs-Gesetz und zum Gewerbesteuerenausgleichsgesetz vortragen durfte, richtig.

Das Jahr 2020 wird sicherlich als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzstruktur umgesetzt worden ist. Die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft um 25 Prozentpunkte, was für unseren Haushalt 20,86 Millionen Euro Verbesserung bedeutet, war diese dringend notwendige Hilfe. Strukturell, weil sie eben nicht nur einmalig wirkt, sondern weil sie jedes Jahr erneut, dort ankommt, wo es hohe Soziallasten gibt und somit diejenigen Kommunen unterstützt und entlastet, die diese Hilfwirkung auch benötigen. Daher ist es genau der richtige Mechanismus! Großes Kompliment an die Bundesregierung, in einer Grundgesetz ändernden Mehrheit in diesem Jahr dieses umgesetzt zu haben. Da darf man sich für den Moment auch sehr freuen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch ganz klar und eindeutig sagen, dass diese strukturelle Wirkung eben anlässlich der Coronakrise, aber nicht zur Überwindung umgesetzt worden ist. Im gesamten Gesetzgebungsverfahren ist eindeutig thematisiert worden, dass diese Hilfe langfristig und dauerhaft wirken soll. Und daher müssen alle gesetzgeberischen Gedankenspiele, diese finanzielle Hilfe durch andere Maßnahmen und Formen der Finanzierung, die zu einer teilweisen oder vollständigen Kompensation dieser finanziellen Hilfe führen könnten, eine klare Absage erteilt werden. Oder lassen Sie es mich deutlicher sagen: Wenn ich jetzt zu jedem Thema und zu jeder bestehenden Finanzierungsdiskussion den Satz höre: „Diese Mittel braucht ihr doch jetzt nicht mehr, ihr habt doch die höhere KdU“, dann verkehrt sich meine Freude ganz schnell in das Gegenteil.

Deswegen mein dringender Appell und eindringliche Bitte. All dies darf nicht dazu führen, dass diese 20 Millionen Euro im Haushalt nicht nur kontinuierlich aufgezehrt werden, sondern ich mich vielleicht in drei Jahren hinstellen muss und Ihnen sage: Von den 20 Millionen ist durch Bundes- und Landesgesetzgebung nichts mehr übrig. Im Saldo stehen wir schlechter da, als vor dieser wegweisenden Grundgesetzänderung.

Zu meinen Gedanken zu den Belastungen, zu dem Rucksack unserer Kinder und Enkelkinder muss ich noch einen letzten Punkt beitragen, der so technisch mit dem Begriff des Corona-Isolierungsgesetzes hier im Land Nordrhein-Westfalen daherkommt. Ja wir nutzen die Instrumente dieses Gesetzes. Aber glauben Sie nicht, nur weil ich dieses Gesetz zur Anwendung bringe, dass damit der Beweis geführt ist, dass ich dieses Gesetz auch für gut halte. Ich halte es für ein Schlechtes, und ich halte den damit verknüpften Weg nicht nur für diskutabel, sondern ich halte ihn schlichtweg für falsch.

Ja wir haben eine Weltwirtschaftskrise. Ja wir wissen alle nicht, wie sich diese entwickelt. Und ja ich weiß, dass diese Unsicherheiten alle staatlichen Ebenen betreffen. Aber wenn man die finanziellen Belastungen, die durch die Krise entstanden sind und mittelfristig entstehen werden, darüber meint gegenfinanzieren zu können, indem man sie einfach nur auf einer Haushaltsposition parkt und sie nicht durch echtes Geld finanziert, der mag sich zum einen dem Vorwurf ausgesetzt sehen, dass das ein reiner Buchhalter-Trick ist, eine Verschleierung, eine Vernebelung der tatsächlichen Verhältnisse, was nicht nur allen Grundsätzen des Haushaltsrechtes widerspricht, sondern der auch noch zusätzlich die nachfolgenden Generationen belastet. Es gibt ja keinen anderen Weg, als diese eingetretenen Belastungen über die Neuaufnahme von Schulden zu kompensieren.

Ich hätte mir gewünscht, aber ich wusste von Anfang an, dass der Wunsch hier allein Vater des Gedankens ist, dass das Land Nordrhein-Westfalen durch eine echte finanzielle Hilfe aus dem Landeshaushalt, durch Umschichtungen, dem kommunalen Raum diese Corona-bedingten Schäden ausgeglichen hätte. Dies passiert nicht und ich weiß ehrlich gesagt nicht, wie wir auf Sicht mit den daraus entstehenden finanziellen Lasten, werden umgehen können. Dieses Schwert schwebt bedrohlich über uns.

Ich habe in diesem Haushalt 2021 1,3 Millionen Euro isoliert und ich werde wahrscheinlich im Jahresabschluss 2020 in einer Größenordnung von 3 Millionen Euro ebenfalls isolieren. Das bedeutet, diese Aufwendungen in die Zukunft zu verlagern. Aber das ist nur die Situation des Kreises. Ich weiß auch, was bei den Städten und Gemeinden passiert, die ebenfalls von dieser Isolierung Gebrauch machen. Lassen Sie sich nicht täuschen. Lassen Sie sich durch die vermeintlich guten Zahlen im Haushaltsplan – auch in den Städten und Gemeinden – nicht in einer falschen Sicherheit wiegen. Sie müssen wissen, dass diese auskömmlich erscheinenden Planungen rein durch millionenschwere Luftbuchungen möglich sind. Wenn Sie diese rausrechnen, sehen Sie das tatsächliche Bild und Sie beschleicht das gleiche Gefühl wie mich: Sorge.

Die Haushalte der Städte und Gemeinden sind echt entlastet durch das Gewerbesteuer ausgleichsgesetz. Dieses Gesetz setzt richtig an, da es auf Grundlage der Planungsdaten – mal vereinfacht ausgedrückt – eine vergleichende Berechnung vornimmt: Was hätten wir denn an Gewerbesteuereinnahmen ohne Krise erhalten. Dieses entstehende Delta gleichen Bund und Land zu jeweils 50 Prozent aus. Hervorragend gar keine Frage. Genau die richtige Idee, weil wir hier tatsächlich auch über echtes Geld sprechen. Wenn ich dann aber sehe, dass die Landesregierung zur Beurteilung der Gewerbesteuerausfälle das letzte Quartal 2019 miteinbezieht, das nun einmal noch ein Quartal ohne Corona-Belastungen und vor allem ein sehr starkes Wirtschaftsquartal war, dann werde ich den Eindruck nicht los, dass man es mit der Entlastung der Städte und Gemeinden zumindest nicht vollständig ernst meint.

Und dieser Eindruck setzt sich fort, wenn ich das Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 (GFG 2021) zu beurteilen habe. Durch das GFG 2021 wird im Prinzip das Finanzvolumen eingefroren und dafür gesorgt, dass die steuerbedingten Verluste nicht über die Verbundquote in den kommunalen Raum weitergereicht werden, sondern in etwa auf dem Vorjahresniveau verbleiben. So weit so gut.

Dadurch kommt es zu Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden von 215,73 Millionen Euro und damit zu +7,46 Prozent und im Vergleich zu 14,9 Millionen Euro mehr Schlüsselzuweisungen für unseren kreisangehörigen Raum. Unsere eigenen Schlüsselzuweisungen steigen auch um 5 Millionen Euro auf 39,8

Millionen Euro. Die Umlagegrundlage entwickelt sich entsprechend leicht positiv und steigt um 5,8 Millionen Euro auf 673,2 Millionen Euro.

Eine Idee, die sich bereits in unserem Eckdatenpapier aus Mitte 2020 findet. Ich bin natürlich nicht so vermessen zu glauben, dass die Landesregierung das nur deswegen gemacht hat, aber ich darf schon sagen, dass ich mich darüber freue, dass wir als Kreis Unna so richtig falsch mit unserem Eckdatenpapier und den damaligen Annahmen nicht lagen. Wir wollten seinerzeit den Städten und Gemeinden im Kreis Unna Orientierung geben. Ich wollte ihnen transparent machen, wie unsere Erwartungen aussehen, wie ich die Situation einschätze und habe diese Gelegenheit genutzt, auch Ideen gegenüber dem Land zu formulieren. Ich habe den Eindruck, dies ist auch tatsächlich gelungen.

Was mich zutiefst freut ist, dass die Städte und Gemeinden diese Art und Weise honorieren. Sie haben das Schreiben im Rahmen Benehmensherstellung ja gelesen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es einen anderen Kreis in Nordrhein-Westfalen gibt, mit vergleichbaren Inhalten. Kein Wort der Kritik, sondern ein Schreiben mit der richtigen Einschätzung der Probleme, aber der Erkenntnis, dass bei Lösung dieser Probleme der Kreis nicht der Gegner oder vielleicht sogar der Verursacher ist, sondern Partner und Verbündeter bei der Lösung.

Ich sage ganz eindeutig – und ich bin mir der Unterstützung des Kreistages hierbei bewusst: So wird das weitergehen zwischen uns und den Städten und Gemeinden im Kreis. Größtmögliche Rücksichtnahme. Hand in Hand und in Zusammenarbeit. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. Wir werden diese Situation und jedes andere sich stellende Problem gemeinsam angehen und ich behaupte auch, gemeinsam lösen. Das ist unser Anspruch und das ist unser Ziel.

So werden wir uns auch gemeinsam mit Bönen, Fröndenberg und Holzwickede die Gründe für den neuerlichen Anstieg bei der Differenzierten Kreisumlage um 17,72 Prozent auf 29 Millionen Euro Zahllast mit externer Unterstützung anschauen. Dabei werden wir tief in die einzelnen Prozesse einsteigen, um zu hinterfragen, an welchen Rädchen wir drehen können, um einen weiteren Anstieg zu dämpfen.

Ein sich für alle recht schnell stellendes Problem wird sein, wie wir den Ausgleich, den das Land Nordrhein-Westfalen über das GFG 2021 hergestellt hat, in den nächsten Jahren zurückzahlen. Denn wer geglaubt hat, dass das Land dies als tatsächliche Finanzhilfe gewährt, der wird eines besseren belehrt. Der Ausgleich

zwischen dem Volumen GFG 2020 und GFG 2021 ist wiederum lediglich ein Kredit, der in den nächsten Jahren vom kommunalen Raum – nicht vom Land – zurückgezahlt werden muss.

Es kommen ganz schwierige Zeiten auf uns zu. Die Lockdowns werden für die Konjunktur einen massiven Einbruch bedeuten. Und es wird wahrscheinlich eine Welle an Insolvenzen durch unsere Wirtschaft gehen. Damit passiert an beiden Seiten des Systems Gravierendes. Die Steuereinnahmen brechen weg und die Soziallasten werden steigen.

Bei uns sind es allein trotz der um 2,16 Millionen Euro gesunkenen KdU insgesamt 189,37 Millionen Euro im Sozialetat für die unterschiedlichen Hilfearten und damit 2,27 Millionen Euro mehr als im Haushalt 2020.

Auch bei der LWL-Umlage, der mittlerweile größten Einzelposition, steigt die Umlage um 6,2 Millionen Euro im Vergleich zum letzten Jahr an auf insgesamt 112,39 Millionen Euro. Es ist eben nicht mehr so, wie in den letzten Jahren, dass die steigenden Sozialausgaben durch steigende Steuereinnahmen kompensiert werden können, sondern es steht zu befürchten, dass an beiden Seiten der Gleichung massive negative Effekte eintreten. Oder anders formuliert: Ich habe eine deutlich größere Rechnung, die ich bezahlen muss, aber gleichzeitig deutlich weniger Geld dafür.

Um ein Gefühl dafür zu entwickeln, was diese Weltwirtschaftskrise bedeutet, habe ich sie in den Zahlen neben die Finanzkrise gestellt. Im Vergleich war die Finanzkrise ein lustiger Kindergeburtstag. Ich hoffe sehr, wenn wir den Virus ein Stück weit in den Griff bekommen haben, dass wir schnell durch kurzzeitiges extremes Wachstum zu einem Ausgleich in der Wirtschaftskraft und damit in den Steuereinnahmen kommen werden. Aber es steht zu befürchten, dass das nicht in der gleichen Zeit passieren wird wie der Einbruch, sondern es wird einfach längere Zeit vielleicht sogar mehrere Jahre dauern, bis das Vorkrisenniveau in Bezug auf die Wirtschaftsdaten wieder erreicht ist – und diese Talsohle gilt es zu überstehen und auszugleichen.

Aktuell ist zum Ausgleich dieser Soziallastensteigerungen – bei denen Corona noch gar keine Rolle spielt – so viel kreditfinanziertes Geld im Spiel wie noch nie. Das macht vielleicht das Problem deutlich.

Ich habe bis zu diesem Punkt ganz bewusst immer von der Wirtschaftskrise gesprochen, um damit auch deutlich zu machen, dass wir im Prinzip parallel zu der Coronakrise als massive Herausforderung für das

Gesundheitssystem, nebedran mit einer Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes mit Konsequenzen für unsere Gesellschaft konfrontiert sind.

Aber ich will diese Haushaltsrede auch dazu nutzen, um zu sagen, dass ich glaube, dass diese Kreisverwaltung mit den ihnen zugewiesenen Aufgaben diese Krise hervorragend bewältigt. Und daher spreche ich in Abstimmung mit dem Landrat zu aller erst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den ganz hautnah und direkt betroffenen Bereichen – also sprich, im Öffentlichen Gesundheitsdienst unter Leitung von Josef Merfels und in der Dezernatsverantwortung von Uwe Hasche – den großen Dank aus. Aber ich will den Bogen weiter spannen, zu denen, die im Hintergrund die IT leisten, die mit einer eigenen Kreis-Unna-Software die Bewältigung der Kontaktnachverfolgung mitermöglichen, die Testzentren und nun das Impfzentrum einrichten. Von allen Organisationseinheiten wird aktuell immens viel abverlangt und die gesamte Kreisverwaltung steht im Kampf gegen den Coronavirus mit allem was sie hat. Darauf können die Menschen vertrauen.

Aber auch die Bürgerinnen und Bürger helfen mit. Und damit meine ich nicht, dass diese sich an die Regeln halten. Ich meine darüber hinaus auch indem das Verständnis vorherrscht, dass das, was Stadt- und Kreisverwaltung sonst an Services und Dienstleistungen in hoher Qualität und Geschwindigkeit geboten haben, aktuell nicht mehr so vorgehalten werden kann, wie es gewohnt war. Und um es mal ganz plastisch zu sagen: Das liegt nicht daran, weil die Kolleginnen und Kollegen mit Füßen auf dem Tisch Däumchen drehen, wie zum Teil noch immer der Eindruck erzeugt wird, sondern weil die Kolleginnen und Kollegen entweder direkt im Einsatz des Gesundheitsamtes sind oder deren Kolleginnen und Kollegen die liegenden Arbeiten dieser abgestellten Kollegen versuchen mit zu übernehmen. Das ist die Situation.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu unserem Stellenplan sagen. Wenn man vielleicht gedacht hat, da wird jetzt in einer Art Übermaßreflex aufgestockt und aufgewertet, irrt man sich. Wir versuchen die Situation sehr sachlich und zielgerichtet zu beurteilen und auch personell mit Weitsicht nachzusteuern, in der Hoffnung, dass diese Krise endlich ist.

Wir werden daher auch perspektivisch den Fachbereich 53 personell verstärken, um ihn auch nach der Krise krisenfest aufzustellen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat gezeigt, welche Bedeutung er hat. Der ÖGD muss in den nächsten Jahren konstant gestärkt werden, neue alte Zuständigkeiten erhalten und in der Konsequenz ist es richtig, diesen Bereich dann auch personell zu verstärken. Wir tun das in

einem ersten Schritt mit einer Gegenfinanzierung aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, um uns dort personell zu verbreitern und besser aufzustellen.

Sie sehen, dass wir in den anderen Bereichen nur punktuell verstärkt haben. Aber Ihnen ist aufgefallen, dass wir personell vor allem in der Kreisleitstelle auf der Grundlage eines entsprechenden Gutachtens mit 15 Vollzeitstellen aufstocken müssen. Zur Wahrheit gehört dazu, ungefähr in einer Quote von 60 Prozent werden diese Stellen über die Leitstellengebühr refinanziert.

Wir haben auch einige Stellen eingespart, weil wir es ernst meinen mit einer sehr genauen Planung unseres Stellenplans. So planen wir lediglich in Summe vier neue Stellen. Auch das hat etwas mit dem absoluten Willen zu tun, Rücksichtnahme gegenüber unseren Städten und Gemeinden zu demonstrieren.

Ich möchte an dieser Stelle ankündigen, dass ich die Kreisausschusssitzungen in der nächsten Zeit als Personaldezernent dafür nutzen werde, Ihnen jeweils Teilbausteine aus dem Personalentwicklungskonzept vorzustellen und diese weiterzuentwickeln. Sie haben die Erwartungshaltung adressiert, dass der Kreisausschuss auch die Aufgaben als ein Personalausschuss stärker wahrnehmen soll. Ich freue mich auf den Diskussionsprozess zu diesem so wichtigen Thema für die weitere Entwicklung unserer Kreisverwaltung für die nächsten Jahre.

Eines der absoluten Megathemen unserer Zeit ist durch die Coronakrise nicht gestoppt worden, sondern hat zusätzlich an Fahrt aufgenommen. Ich spreche über die Digitalisierung. Und ich kündige bereits an, dass wir ebenfalls im Kreisausschuss hierzu kontinuierlich über den Fortschritt, den wir erzielen, berichten werden. Ich habe den Eindruck, dass wir über alles betrachtet auf einem – insbesondere im Vergleich zu anderen öffentlichen Einheiten und dabei vor allem im Vergleich zu anderen Kreisen – hervorragenden Weg sind.

Durch die Coronakrise, das muss man feststellen, ist vielleicht das einzig erfreuliche, dass wir einige Digitalisierungspotenziale innerhalb kürzester Zeit zusätzlich erschlossen haben. Das hat viel mit dem Thema Home-Office und mobilem Arbeiten zu tun, auf das wir schon vor der Krise sehr massiv gesetzt haben, was aber in der Krise zwangsläufig ausprobiert werden musste und vor allem für breitere Personalgruppen auf einmal galt. Dieses technisch umzusetzen, ist immer nur die eine Seite der Medaille. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen ist der wesentliche Baustein, aber eben auch die

Führungskräfte, die sich ja auch neu an solche Instrumente – „Führen auf Distanz“, „Führen über Telefon oder Videokonferenz“ – gewöhnen mussten und wahrscheinlich auch immer noch gewöhnen.

Wir haben in diesem Zuge 66 Telearbeitsplätze und weitere 345 Home-Office-Arbeitsplätze eingerichtet. Es ist ein Stück weit ein Versuchslabor. Nach der Krise werden wir feststellen, dass einige Instrumente, einige technische Möglichkeiten auch weiter genutzt werden und andere sich als nicht so praktikabel und erfolgreich erwiesen haben. Aber überhaupt dieses breitangelegte Versuchslabor unter Einbeziehung vieler digitaler Möglichkeiten zu nutzen, ist für alle die, die eine Digitalisierungsstrategie vorantreiben, ein großer Gewinn.

Wir stellen die Verwaltung unter der Strategie „Notebook first“ konsequent auf ein Endgerät für alle Anwendungen um – also für den Einsatz im Kreishaus, fürs Home-Office oder für das mobile Arbeiten. In diesem Jahr bringen wir immerhin 55 solcher Geräte zusätzlich in die Fläche. Wir sind gerade dabei die Dienststellen mit einem sogenannten Dömanen-WLAN auszustatten, damit man überall auch per WLAN sicher auf dienstliche Daten zugreifen kann. Wir haben für die Schulen 1604 I-Pads für Schülerinnen und Schüler bestellt, für die Lehrkräfte 508 I-Pads und weitere 312 Notebooks. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Lassen Sie mich nun zum Kern kommen: Wir planen die Zahllast der Städte und Gemeinden im Vergleich 2020 zu 2021 um 15,14 Millionen Euro zu senken. Das bedeutet einen historisch niedrigen Hebesatz von 36,36 Prozent (38,95 Prozent in 2020) und eine Zahllast von 244,76 Millionen Euro (259,90 Millionen Euro in 2020).

Im Ergebnis können wir aus eigener Anstrengung erreichen, dass dieses Geld in den Städten und Gemeinden wirken kann. Ich schlage das vor, weil ich den Städten und Gemeinden im Rahmen der Möglichkeiten die Finanzmittel zur Verfügung stellen will, damit diese Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in ihren Städten entweder weiter finanzieren oder angedachte Maßnahmen durchführen können. Das ist das beste Konjunkturpaket, das es gibt, vor Ort die Entscheidungsträger in die Lage zu versetzen, ihr Eigentum in Schuss zu halten. Davon profitieren die regionalen Unternehmen, die regionalen Handwerksbetriebe und Dienstleister.

Wie kann man diese Zahllastsenkung erklären? Zunächst haben wir eine interne Einsparvorgabe erfolgreich umgesetzt. Wir haben bei Aufstellung versucht, bei einer Vielzahl von Einzelpositionen zu Einsparungen zu

kommen. Dies war mit 2,5 Millionen Euro sehr anstrengend, aber auch sehr erfolgreich. Weiterhin muss man wissen, dass ich aus der Ausgleichsrücklage einen Betrag von 10,5 Millionen Euro eingeplant habe, um diese Zahllastsenkungen zu realisieren. Das Eigenkapital hat einen Stand von 43,23 Millionen Euro zum 31. Dezember 2019. Die Ausgleichsrücklage hat einen Stand von 26,9 Millionen Euro, in 2017 lediglich 8,3 Millionen Euro. Oder anders gesagt: Wir haben in den letzten Jahren so gut gehaushaltet, dass wir jetzt die Möglichkeiten haben und sie auch nutzen.

Das bedeutet, dass mein Plan rechnerisch von einem geplanten Defizit von 10,5 Millionen Euro ausgeht – und das in Anbetracht der erhöhten KdU von gut 20 Millionen Euro. Diese werden verzehrt durch eine erhöhte LWL-Umlage mit rund 6,2 Millionen Euro und einem abermals erhöhten Defizit der VKU, welches mittlerweile auch mit 3,7 Millionen Euro aus dem Kreishaushalt zu finanzieren ist, zusammen. Höhere Personalaufwendungen von 1,2 Millionen Euro, höhere Kosten der Schülerbeförderung und Mittel für den Medienentwicklungsplan runden das Bild ab.

Ich komme nun zum Schluss meiner Einbringungsrede. Als neuer Kreistag werden Sie in den nächsten fünf Jahren, was die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung angeht, vor große Herausforderungen gestellt. Ich hoffe, dass sie dies unterstützt und im Vertrauen auf die Kämmerei und mich als Kämmerer tun werden. Wir – ich – stehen gerne zur Diskussion und zur Erläuterung zur Verfügung.

Ich freue mich auch in diesem Jahr auf die anstehende Beratung, weil noch so viel spannendes mehr auch in den einzelnen Fachbudgets zu besprechen ist. Ich danke dem gesamten Haus, ich danke meiner Mannschaft und ich nutze an dieser Stelle auch die Gelegenheit, um mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Landrat Mario Löhr zu freuen und mich auch für dessen Vertrauen herzlich zu bedanken.

Ihnen allen wünsche ich eine – trotz aller Umstände – besinnliche und gesegnete Weihnacht. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien vor allem Gesundheit und danke herzlich für die freundliche Aufmerksamkeit!